

J. publ. G.

897^d

T. publ. g.
897 d

Zachariae

172 897 d

Ueber die Verpflichtung
zur
Aufrechthaltung der Handlungen
der
Regierung des Königreichs Westphalen.

Nebst
einer Abhandlung
von der
Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen
des Eroberers
in Beziehung
auf das rechtmäßige Staatsoberhaupt,
welches

durch die Gewalt der Waffen wieder zur Ausübung seiner
Herrscherrechte gelangt ist.

Von

D^r. Carl Salomo Zachariä,

Großherzogl. Bad. Hofrath und öffentl. ord. Lehrer der Rechte auf der
hohen Schule zu Heidelberg.

Heidelberg,
bey Joseph Engelmann,
1816.

277



Durch die Uebermacht der Französischen Waffen waren mitten in Teutschland drey Staaten entstanden, nämlich die Großherzogthümer Berg und Frankfurt und das Königreich Westphalen, welche zum Theil aus solchen Provinzen gebildet gewesen sind, auf welche die depossedirten Regenten niemals verzichtet hatten, wovon aber der Besitzstand und das Besitzrecht nicht weniger von allen Continental-Mächten anerkannt gewesen ist. Insbesondere war dieses der Fall in Ansehung des Königreichs Westphalen, dessen Errichtung und Zusammensetzung, so wie sie einen der wesentlichsten Punkte des Friedens von Tilsit ausgemacht hat, durch diejenigen Verfassungs-Verhältnisse begründet gewesen ist, welche aus allen seit diesem Friedens-Schluss mit dem damaligen Französischen Kaiser geschlossenen Verträgen hervorgegangen sind, weshalb aber auch dessen völkerrechtlich begründete Existenz keinem Zweifel unterliegen kann.

Die Verhältnisse des Großherzogthums Berg, welches seit 1810 eine Französische Provinz geworden war, sind nach Analogie des Pariser Friedens, jene des Großherzogthums Frankfurt, in dem Finalakt des Wiener Congresses regulirt worden, vorzüglich wohl um deswillen, weil über den größten Theil seiner Bestandtheile zu Gunsten

ganz neuer Besitzer disponirt worden ist. Dagegen ist in Ansehung des Königreichs Westphalen, weder in dieser, noch in sonst einer andern öffentlich bekannt gewordenen Akte irgend eine vorsorgliche Verfügung enthalten, welche daher von der Teutschen Bundes-Versammlung erwartet werden muß, und mit so größserem Vertrauen erwartet werden darf, da es nicht in der Absicht des Europäischen Areopags liegen kann, daß in Ansehung von Staaten, welche in Hinsicht auf ihre Entstehung, ihre politische Existenz, so wie in Hinsicht auf ihre Auflösung in einer ganz gleichen Cathegorie stehen, nach verschiedenen Grundsätzen verfahren werde, weil eine solche Verschiedenheit rechtlich nicht begründet, und daher auch der Gerechtigkeit nicht gemäß seyn würde.

Die Gegenstände, welche einer solchen Regulirung bedürfen, betreffen:

- 1) Die von der Westphälischen Regierung verfügten Veräußerungen von Domänen;
- 2) Die Uebernahme der von derselben contrahirten Schulden;
- 3) Die Versorgung der Westphälischen Central- und Lokaldiener;
- 4) Endlich die Anerkennung derjenigen Regierungshandlungen, durch welche Privatrechte erworben, verliehen oder anerkannt worden sind; —

in Ansehung welcher Gegenstände alles auf die Frage anzukommen scheint: in wie ferne die Westphälische Regierung als rechtmäßig betrachtet werden muß? — welche in Betreff derjenigen Provinzen, die förmlich abgetreten waren, einem Zweifel nicht unterliegen kann, in Ansehung der bloß eroberten aber, auf die Frage hinführt:

in wie ferne das Eroberungsrecht als ein völkerrechtlich begründeter Erwerbtitel betrachtet werden muß? welche zwar in der Theorie nach verschiedenen Ansichten, durch die Staatspraxis aller Zeiten aber bejahend beantwortet wird *), und auch nicht anders als bejahend beantwortet werden kann, so lange es in Streitigkeiten der Staaten unter sich an einem Richter, dann auch an einer Norm über den Zeitraum fehlt, innerhalb welchem eine Usurpation in einen legitimen Besitz umgewandelt wird **). Es existirt kein Staat, dessen gegenwärtiger Länderbesitz nicht mehr oder weniger durch Gewalt gegründet ist, und dessen Besitzrecht nicht mehr oder weniger nur in der Anerken-

*) Eine große Anzahl älterer Beyspiele in Günthers Europ. Völkerrecht in Friedenszeiten, 2r Theil S. 210, und in Mosers Versuch des neuesten Europ. V. R.; — von neueren, das Kön. Preussische Manifest vom 1. April 1806, durch welches „Hannover als durch Eroberungsrecht Frankreichs Kaiser zustehend, und durch Cession von diesem wohl erworben“ der Preussischen Monarchie einverleibt worden ist, sodann die Tilsiter und Wiener Friedensschlüsse; — unter den allernuesten endlich, die Beyspiele von Guadeloupe, Neapel etc. Klübers Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses, 1te Abtheil. S. 100.

**) Vattel droit des Gens tom. 3. §. 195. — toute guerre en forme, quant à ses effets est regardée comme juste de part et d'autre, et personne est en droit de juger une nation sur l'excès de ses pretentions. Toute acquisition faite dans une guerre en forme est donc valide suivant le droit des gens volontaire, independamment de la justice de la cause et des raisons sur lesquelles le vainqueur a pu se fonder pour s'attribuer la propriété de ce qu'il a pris. Aussi la conquete a-t-elle été constamment regardée comme un titre légitime, et rarement ou a vu contester ce titre.

Man vergleiche auch die Erklärung der Königl. Preussischen Commissarien zu dem Protocoll der statistischen Commission, in den *Akten des Wiener Congresses*, 5te Bd. S. 29.

nung der übrigen Mächte beruhet: und billig fragt es sich: wohin eine Theorie führen würde, welche die rechtlichen Wirkungen des einen wie des andern, einzig und lediglich auf die Dauer der Uebergewalt beschränkt, und von dieser abhängig macht? *)

Es ist allerdings eine Forderung des Europäischen Staats- und Völkerrechts, daß der aus einer bloßen Eroberung resultirende Besitzstand, durch Verträge anerkannt und validirt seyn muß; eben so unbestritten aber auch, daß eine Eroberung, sobald sie durch feyerliche Verträge von den übrigen Mächten anerkannt worden ist, einen Rechtszustand begründet, welcher, weil er unter der Garantie solcher anerkennenden Verträge steht, als vollständig begründet, und aus dieser Ursache in seinen Wirkungen für jeden Nachfolger verpflichtend erachtet werden muß. Diese Grundsätze sind nicht allein in dem Pariser Frieden und auf dem Wiener Congress sanctionirt, sondern auch von Oesterreich in seinen neuen Erwerbungen, in Pohlen, in den Niederlanden, in Neapel und in dem Kirchenstaate in Ausübung gebracht worden**), obgleich die Souveräne dieser letztern Staaten niemals in eine Dis-

*) Wie sie in einem von der Kurhessischen Gesandtschaft auf dem Congress in Wien, unter dem Titel: *Ueber die Gültigkeit der in Kurhessen unter der usurpatorischen Herrschaft des Jerome Bonaparte geschehenen Beeinträchtigung des Staats-Vermögens* umgetheilten Aufsätze, aufgestellt worden ist. Klüber Akten des Wiener Congresses 4r Bd. S. 176 f.

**) Man s. das Kais. Oesterreichische Patent vom 11. May 1815 und 28. Febr. 1816 für die Königreiche der Lombardey und Venedig; die Convention von Casa Lanza vom 20. May und die Proklamation Ferdinand IV. vom 21. May 1816; das päpstliche Besitznahme-Patent vom 5. Julius 1815, und die Notification des Cardinals Staats-Secretärs Consalvi gegen den Hirtenbrief des Erzbischofs von Fermo.

position über dieselben eingewilligt, dieser vielmehr widersprochen haben. Eben so hat der Preussische Hof, welcher bey dieser Frage so wesentlich betheiligt ist, mit so vieler Gerechtigkeit als Wohlwollen erklärt: »daß in »Hinsicht darauf, daß in dem 8. und 9. Artikel des Friedens »von Tilsit, Se Majestät die Einrichtungen, die der Kaiser »Napoleon sowohl rücksichtlich der von Preussen abgetretenen Staaten, als der andern Länder, die »sich im Besitz des damaligen Kaisers befanden, zu treffen sich vorbehalten, zu Gunsten des Königreichs Westphalen ausdrücklich anerkannt habe, die »Verpflichtung obwalte, die im Königreich »Westphalen getroffenen Einrichtungen, sie mögen »sich auf die im Friedenstraktat von Tilsit durch Preussen »abgetretenen, oder auf die usurpirten Provinzen erstrecken, anzuerkennen;« — und: »daß es »eine offenbare Ungerechtigkeit seyn würde, Verträge »dieser Art blos deshalb für ungültig zu erklären, weil »sie unter dieser durch den Frieden von Tilsit anerkannten Regierung geschlossen worden sind.« *)

So wie von Preussen, so war die Westphälische Regierung von Rußland, von Oesterreich, überhaupt von allen Continental-Mächten anerkannt, und zwar ohne daß diese Anerkennung blos auf die von Preussen abgetretenen Provinzen beschränkt gewesen wäre, welche vielmehr ausdrücklich auf die blos eroberten Provinzen erstreckt gewesen ist **), weshalb aber auch der Unter-

*) Schreiben Sr. Durchlaucht des Staatskanzlers Herrn Fürsten von Hardenberg vom 21. Januar und 4. März 1816; abgedruckt in dem Correspondenten von und für Teutschland No. 246.

**) Art. 19. des Russisch - Französischen Friedens von Tilsit: Le Royaume de Westphalie sera composé des provinces cedées par S. M. le Roi de Prusse à la gauche de l'Elbe, et

schied, welcher in der Absicht gemacht wird, um die Regenten dieser letzteren aus einem angeblichen jure postliminii von der Verpflichtung zur Anerkennung der Handlungen der Westphälischen Regierung loszuzählen, für keinen derselben als rechtlich begründet erachtet werden kann. Nicht in Ansehung der Hannöverschen Provinzen *), welche vor dem Ausbruche des Krieges zu integrirenden Bestandtheilen der Preussischen Monarchie erklärt, als solche in dem Frieden von Tilsit abgetreten, und der Disposition des Kaisers Napoleon überlassen worden sind.

d'autres états actuellement possédés par S. M. l'Empereur Napoleon — und Art. 20. S. M. l'Empereur de toutes les Russies promet de reconnoître la disposition qui en vertu de l'article 19 ci-dessus sera faite par S. M. l'Empereur Napoleon, et l'état de possession en résultant pour les souverains au profit desquels elle aura été faite.

*) Der Einwurf, daß der Tilsiter Frieden auf die Hannöverschen Provinzen um deswillen nicht Anwendung finde, weil Preussen vor dem Abschluß desselben, nemlich durch den Traktat vom 28. Januar 1807, dieselbe zurückgegeben habe, mögte um so weniger erheblich scheinen, weil bey der Notorietät des erklärten und faktischen Preussischen Besitzes beym Ausbruch des Krieges, wenn sie von der Cession ausgenommen gewesen wären, diese Ausnahme hätte ausgedrückt seyn müssen. — Dann mögte auch nicht zu übersehen seyn, daß der Einwurf, das aus demselben gefolgerte Argument zerstört, indem auch zur Zeit des Abschlusses des Traktats vom 28. Januar 1807, Preussen notorisch sich nicht mehr im Besitz dieser Provinzen befunden hat, von welchen der Kaiser Napoleon bereits am 12. November 1806 Besitz genommen, überhaupt solche Schritte vorgekehrt hatte, welche dem Preussischen Hof jede gegründete Hoffnung haben benehmen müssen, über dieselbe mit Erfolg disponiren zu können. Bredow Chronik von 1806 S. 506. Ohnehin hat der Traktat vom 23. Januar als faktisch durch die eingetretenen Umstände, und auch als rechtlich aufgehoben, betrachtet werden müssen. v. Martens Einleitung §. 336. Vattel t. 3. §. 414. 465

Eben so wenig in Ansehung von Hessen und des Herzogthums Braunschweig, über welche Länder das Dispositionsrecht des Kaisers, als über eine in seinem Besitz befindliche Eroberung, gleichmäfsig anerkannt gewesen ist, und in deren Besitz die reintegrirten Regenten nicht durch die Macht ihrer eignen Waffen, sondern in Folge von Verträgen mit den nämlichen Mächten zurückgekehrt sind, welche mit dem Besitzstande des Westphälischen Staates, die Befugniss seines Regenten zur gültigen Ausübung aller Staats- und Regierungshandlungen anerkannt haben, welche daher den neuen Besitz dieser nämlichen Länder nur unter der Verpflichtung zu einer gleichmäfsigen Anerkennung haben können übertragen wollen, und wie der Traktat mit Kurhessen, und die Anordnungen in Betreff anderer Staaten beweisen, nur unter dieser Bedingung übertragen haben *).

Ob unter Verhältnissen und Umständen, wie die, welche vorliegen, der Mangel der Anerkennung des Westphälischen Staates durch die reintegrirten Regenten, diese von der Verpflichtung zur Gewährleistung der Handlungen der Regierung des ersteren lossprechen könne? — ob bey dem Zustande von Frieden, der zwischen der Deposition und der Reintegrirung der Regenten dieser Länder statt gehabt hat; — ob endlich bey dem Rechtszustande, der aus den Verhältnissen die in Europa statt gehabt haben, für den Westphälischen Staat eingetreten war, überhaupt die Anwendung eines Rechts angesprochen werden könne, welches so ganz andere Verhältnisse voraussetzt? dürfte um so mehr bezweifelt werden müssen, als sowohl nach der Meinung bewährter Völkerrechtsleh-

*) Der Traktat mit Kurhessen vom 2. December 1813, wenigstens in Ansehung der Domänen.

rer *), als auch zufolge der neuesten, durch das Beyspiel von Neapel und durch andere Vorgänge bewährten Staatspraxis, die eigene Zustimmung eines deposedirten Regenten, nicht unter allen Umständen als wesentlich nothwendig erachtet wird, dann auch längst als Axiom anerkannt ist, daß mit der Auflösung eines Staates, und mit seiner Einverleibung in einen andern, jeder Anspruch auf die Geltendmachung des *juris postliminii* erlischt **).

Es ist nicht zu verabreden, daß die Anwendung dieser Grundsätze, den gegenwärtigen Regierungen Opfer kostet, die indessen, wo sie mit der Handhabung wohl-erworbener Privatrechte kollidiren, nicht in Betracht kommen können, um so weniger, theils weil sie den Regierungen vergütet, theils aber auch, weil sie, wie nachstehende Erörterungen dieses ausser Zweifel setzen, in der Wirklichkeit weniger umfassend sind, als Mangel an genauer Kenntniß von ihrem wirklichen Betrage, dieselbe geschildert hat.

*) v. Martens Einleitung etc. S. 92 „daß aber der Verzicht des Anspruchmachenden Theils schlechterdings vor-hergehen müsse, ehe das Völkerrecht erlaubt, den Gegen-theil anzuerkennen, davon kann ich mich nicht überzeugen.“ Man vergleiche mit dieser Theorie die neueste Praxis.

**) Vattel tom. 3. §. 197. Les immeubles passent sous la puissance de l'ennemi qui s'en empare, mais l'acquisition ne se consomme, la propriété ne devient stable et parfaite, que par le traité de paix, ou par l'entière soumission et extinction de l'état auquel ces propriétés appartiennent. §. 212. — mais si cette ville avoit été cédée à l'ennemi par un traité de paix, ou si elle étoit tombée pleinement en sa puissance par la soumission de l'état entier, le droit de *postliminii* n'a plus lieu pour elle, et ses biens aliénés par le conquérant le sont valablement et sans retour. Elle ne peut les réclamer, si dans la suite une heureuse révolution la soustrait au joug du vainqueur. Auch §. 213.

I. Betrag der Veräusserungen von Domänen.

Als unmittelbar nach dem Tilsiter Frieden, der Kaiser Napoleon von sämmtlichen, sowohl in den abgetretenen, als in den eroberten Provinzen befindlichen Domänen für sich hatte Besitz nehmen lassen, waren die Revenüen derjenigen, welche in dem Königreich Westphalen vorhanden gewesen sind, zu Sechszehn und eine halbe Million Franken ausgemittelt worden, von welchen der 2te Artikel der Constitutions-Urkunde vom 15. Nov. 1807, die Hälfte der Disposition des Kaisers vorbehalten hat, welche in der Convention vom 22. April 1808, auf Sieben Millionen ganz reiner Revenüe festgesetzt, und dabey als eine Vergünstigung angerechnet worden ist, daß die zu theilende Masse, nicht so wie es später bey Hannover geschehen, durch die Forsten und Regalien vergrößert, und daß die Steuerpflichtigkeit dieser Domänen zugestanden worden ist.

Durch diesen Vorbehalt, welcher in dem Jahr 1810 durch die Domänen und Forsten in Hannover, auf Elf und eine halbe Million Franken vergrößert worden war, so wie durch die aus den verschiedenen Traktaten mit Frankreich resultirende, und ausserdem aufgedrungene Lasten, hat das Königreich einen Revenüen-Verlust von jährlich nahe an Siebenzehn Millionen Franken erlitten, der durch die Verpflichtung zum Unterhalt einer Garnison von 12500 Mann in Magdeburg, mehrmal bis über Drey und zwanzig Millionen gestiegen ist, und welcher, ohne die durch den Krieg verursachten ausserordentlichen Lasten in Anschlag zu bringen, für die Zeit,

welche dieser Staat bestanden, überhaupt Acht und Achtzig Millionen Franken betragen hat *).

Bey der absoluten Unmöglichkeit, einen solchen Ausfall durch bloße Ersparungen, und aus den übrigen Einkünften decken zu können, würden selbst umfassendere Veräußerungen als gerechtfertigt erscheinen müssen, obgleich diejenigen, wozu unausweichliche Bedürfnisse gedrungen haben, seit der Auflösung des Königreichs als Dilapidation geschildert worden sind, und sowohl aus diesem Grunde, als auch wegen der angeblich selbst in der

*) Nehmlich	Jährl. Verlust.	Betrag seit 1808.
1) Reservirte Domänen,		
a) in den alten Provinzen	7,000,000 . 00 — 5 ½ Jahre	38,500,000 . 00
b) in Hannover . . .	4,559,000 . 00 — 3 Jahre	13,600,000 . 00
2) Betrag der auf den Staats- schatz gewälzten Lasten von den reservirten Do- mänen, beyläufig . . .	1,000,000 . 00 — 5 Jahre	5,000,000 . 00
3) Abtrag auf das Kapital für die zurückgekauften Domänen	1,882,896 . 82 — 1 ½ Jahre	2,824,000 . 00
4) Zinsen von der Kriegs- Contribution	800,000 . 00 — 5 Jahre	4,000,000 . 00
5) Abtrag auf dieselbe, seit 1. Januar 1812	1,600,000 . 00	im Jahr 1808 und überhaupt abgetragen . 10,558,613 . 26
Summa des jährl. Verlustes	16,841,896 . 82	und überhaupt 74,482,613 . 26
Hierzu die Kosten für die Garnison in Magdeburg 12,500 Mann und 1500 Pferde	6,779,035 . 19	; da dieselbe nur selten vollzählig war, nur zwey Jahre gerechnet 13,558,000 . 00
Totalsumme	23,620,932 . 01	88,040,613 . 26

Das Detail über vorstehende Angaben in des Graf Malchus *Ueber die Verwaltung der Finanzen des Königreichs Westphalen, besonders seit April 1811.* Stuttgart und Tübingen in der Cotta'schen Buchhandlung 1814.

Westphälischen Constitution und Legislation begründeten Unveräußerlichkeit der Domänen, ihre Rechtsbeständigkeit bestritten worden ist *).

Die Akten der Westphälischen Verwaltung, insbesondere auch jene des Staats-Schatzes, die sämmtlich sich in den Händen der jetzigen Regierungen befinden, bezeugen, daß der Kaufschilling für die veräußerten Domänen und Staats-Realitäten, einzig und ausschliessend für die ausserordentlichen Bedürfnisse des Staates, und niemals und unter keinen Umständen zu andern Zwecken verwendet worden sind, wodurch die versio in rem dargethan ist, und die Behauptung einer Dilapidation sich von selbst widerlegt, welche, selbst wenn sie erwiesen wäre, auf die wohlerworbenen Rechte der Käufer rechtlich ohne Einfluß bleiben würde.

Nicht besser ist die Behauptung der Unveräußerlichkeit begründet, welche weder in der Convention vom 22. April 1808 **), noch in der Constitutions-Urkunde, selbst nicht analogisch ausgesprochen ist, aus welcher vielmehr

*) In dem *Vollständigen Abriss der Westphälischen Finanzgeschichte*. 1814. 2 Theile, deren Verfasser, durch offenbare Unrichtigkeiten, durch Entstellung von Thatsachen und durch Behauptungen, von deren Ungrund, bey den Materialien, die ihm zu Gebote gestanden zu haben scheinen, derselbe sich hätte überzeugen können, zum gemeinen Pamphletisten sich herabgewürdigt hat.

**) Wie dieses in dem eben angeführten Abriss behauptet wird. Der daselbst allegirte 11te Artikel stipulirt bloß die Rückgabe der nicht reservirten Domänen, und die Befreyung der Kaiserlichen Reserve von allen Lasten. Wäre eine Unveräußerlichkeit beabsichtigt gewesen, so hätte dieses, so wie es bey den retrocedirten Hannöverschen Domänen geschehen ist, ausgedrückt werden müssen.

das Gegentheil folgt *). Die Behauptung, daß die alten Domänen wegen dem ehemaligen Lehnverband gegen Kaiser und Reich, und vermöge der Hausgesetze; die zu Domänen umgewandelten Stiftsgüter aber, vermöge der Constitution unveräußerlich seyen, dürfte um so weniger Berücksichtigung verdienen:

a) weil mit Auflösung der Deutschen Reichs-Verfassung alle Wirkungen des Lehn-Verbandes gegen Kaiser und Reich erloschen sind;

b) die Hausgesetze der durch die Folgen des Tilsiter Friedens depossedirten Regentenhäuser, für den neuen Regenten nicht haben verpflichtend seyn können;

c) endlich auch, weil durch den 34. und 35. Artikel des Reichs-Deputations-Rezesses von 1803, alle Güter der fundirten Stifter, Abteyen und Klöster, der freyen und vollen Disposition der Landesherren, sowohl zum Behuf des Gottesdienstes, als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen worden sind, welche Befugniss durch die in der Constitution verfügte gänzliche Umschmelzung der Verfassung der Stifter, nicht als beschränkt erachtet werden kann.

*) Nehmlich daraus, daß alle Renten, Gefälle, Prästationen etc., aus welchen die dem Staate verbliebenen Domänen einzig bestanden haben, ablösbar (essentielllement rachetables) mithin veräußerlich erklärt waren. Der Art. 2 der Constitution, der zur Begründung der behaupteten Unveräußerlichkeit angeführt wird, betrifft lediglich den Vorbehalt der Hälfte der Domänen; der 6te Artikel, die Successions-Ordnung; der Art. 9, die Dotirung der Civilliste, die vorzüglich auf die Domaniel-Forsten, nur zum Theil auf Domänen und auf den Staatsschatz fundirt war.

Ueberhaupt mögte nicht zu verkennen seyn, daß diese Frage weder nach Gesetzen, die vormals bestanden haben, oder gegenwärtig wieder bestehen, noch nach Ansichten beurtheilt werden kann, welche willkürlich in die Westphälische Constitution hineingelegt, oder aus derselben gefolgert werden, und daß jezt, wo weder dieser Staat, noch sein Regent mehr existiren, einzig nur der trockene Buchstabe dieser Urkunde berücksichtigt werden kann, die aber in Ansehung dieser Veräußerungen weder die Befugniss der Regierung beschränkt, noch zu ihrer Validirung die Einwilligung der Reichsstände erfordert hat *), welche, obgleich zur Zeit ihrer zweyten Versammlung viele Domänen veräußert waren, eine solche Befugniss nicht allein nicht angesprochen, vielmehr in dem Gesetz v. 15. Februar 1810 und in andern (Prozeß-Ordnung Art. 19. No. 4. und Art. 4. No. 1.) jene der Krone und der Regierung anerkannt haben.

Die Totalmasse der für Rechnung des Staats-Schatzes bewirkten Veräußerungen, hat überhaupt eine Kapitalsumme von 15,770,229 Franken oder 4,059,259 Rthlr. Conv. M. betragen **), um welche das disponible Kapitalvermögen der Regierung allerdings vermindert worden ist, welche Verringerung aber, so wie sie durch den Druck unausweichlicher Verhältnisse, für welche größere und unabhängigere Staaten ungleich größere

*) Die Befugnisse der Stände sind in den Artikeln 22, 23 und 33 der Constitution sehr bestimmt auf die Theilnahme an der Gesetzgebung und auf das Finanzgesetz beschränkt.

**) Nehmlich den Betrag der verkauften Güter, für die einzelnen Parzellen, die Ablösungen von Gefällen und für die realisirten Stifts- und Kloster-Kapitalien zusammengerechnet.

Aufopferungen haben machen müssen *), erpreßt worden ist, selbst in dem Interesse der Unterthanen gerechtfertigt erscheinen muß, ohne deren noch grössere Erschöpfung die Bedürfnisse, für welche diese Summe verwendet worden ist, nicht hätten befriedigt werden können.

Unter der vorbemerkten Summe ist der Betrag derjenigen Veräußerungen nicht begriffen, welche von der Verwaltung der Krondomänen für Rechnung der Civilliste verfügt worden sind, und gegen Drey Millionen Franken betragen haben mögen **).

Bey der in den letzten Tagen des Jahrs 1807 bewirkten Uebergabe des Königreichs, waren dem Könige alle Schlösser mit ihren Zubehörungen, als zur Civilliste gehörig, überwiesen worden, welche Concession derselbe auch auf mehrere alte Schlösser und auf die bey diesen befindliche, in die kaiserliche Reserve gehörige Domänen-Güter erstreckt, und hieraus das sogenannte Domaine de la Couronne mit einer Revenüe von Einer Million Franken gebildet hat, welche jedoch in Folge einer mit dem Finanz-Ministerio noch im Laufe des Jahres 1808 getroffenen Uebereinkunft, auf Zweyhundert funfzig tausend Franken reduzirt worden ist ***). Dieses hierdurch und

*) Z. B. Preussen im Jahr 1812 an 214 Millionen Franken. Voss Zeiten, Januar-Heft 1814. Sachsen.

**) Eine ganz genaue Angabe ist um deswillen nicht thunlich, weil die Verwaltung der Krondomänen von allen übrigen Behörden unabhängig gewesen; indessen dürfte die angegebene Summe, wenn sie die Wirklichkeit nicht selbst übersteigt, dieser sehr nahe kommen.

***) In dieser Summe war der Revenüen-Ertrag der Ämter Jerxheim, Hessen, Wendhausen, Lutter, Seesen, Fürstenberg und Corwey begriffen, für welche, als sie im Jahr 1811

durch diese Uebereinkunft konsolidirte Krondomanium, war durch die Güter des Teutschen Ordens, welche das bekannte Dekret vom 16. April 1809 den domaines des princes, in deren Staaten sie befindlich waren, einverleibt hat, dann aber vorzüglich durch diejenigen Kapitalien erweitert worden, welche der Kaiser Napoleon in Hessen erobert, und von welchen er dem Könige diejenigen welche bey Westphälischen Unterthanen ausgestanden und gegen Dreyzehn Millionen Franken betragen haben *), überlassen hat, von welchen das Eigenthum der Krone in dem Gesetz vom 15. Febr. 1810 anerkannt worden ist.

In wie ferne der König zur Bildung eines solchen Krondomaniums befugt, und in diesem Fall ermächtigt gewesen ist, über die Substanz desselben zu disponiren? sind Fragen, welche nunmehr, wo keins der zu ihrer rechtlichen Erörterung befugten Elemente mehr vorhanden ist, mit rechtlicher Wirkung nicht beantwortet werden können. In der Constitutions-Urkunde selbst, sind diese Fragen nicht berührt, aus welcher daher auch gegen die Rechte, welche die Acquirenten dieser Güter und Kapitalien erworben haben, und zwar um so weniger deduzirt werden kann, da weder der Kaiser, der sich dazu hätte berechtigt halten können, noch die Reichsstände widersprochen, vielmehr, und zwar letztere in dem ange-

an die Donatarien haben zurückgegeben werden müssen, der Civilliste auf den Grund jener Uebereinkunft die Ämter Cilly, Mulmeke und Schneidlingen, nebst den Vorwerken Dingelbe und Börnecke, als Entschädigung haben überlassen werden müssen. *Ueber die Verwaltung der Finanzen etc. S. 93.*

*) Nach Maßgabe der Besitzergreifungs-Protocolle der Französ. Agenten, haben diese Kapitalien 42,967,670 Franken betragen, von welchen der Kaiser 29,300,000 Franken als Schulden auswärtiger Debitoren für sich behalten hat.

führten Gesetz, der erstere aber in den Verhandlungen über die Vollziehung des Senatus-Consults vom 13. December 1810, die Anordnungen dieses Kronomaniums anerkannt haben.

Die veräußerten Güter originiren beynahe sämmtlich aus dem Vermögen des Teutschen Ordens und aus eröffneten Lehen, in Ansehung von welchen freylich nicht, so wie bey denjenigen Veräußerungen die für Rechnung des Staats-Schatzes bewirkt worden sind, die Verwendung des Kaufschillings für dringende Staatsbedürfnisse nachgewiesen werden kann, welcher jedoch, vorzüglich in Hessen, in andern Gegenständen vorhanden ist, ohne zu erwähnen, daß diesem Staate der Verlust der für seine Circulation todten Kapitalien, durch die innerhalb sechs Jahren in dieselbe geworfenen Summen wenigstens vergütet worden ist *).

*) Das Activum, welches z. B. in Cassel und in Hessen an Gebäuden und sonstigen Gegenständen zurückgeblieben ist, beträgt über drey Millionen Franken, so wie leicht durch Berechnungen dargethan werden könnte, daß jährlich zwey Millionen Thaler, mithin im Ganzen zwölf Millionen Thaler, in die Circulation der Stadt Cassel und ihrer Umgebung geworfen worden sind.

II. Betrag der von der Westphälischen Regierung kontrahirten Schulden.

Die liquide alte Staatsschuld, welche überhaupt 93,745,493 Fr. 91 c. betragen hat *), war durch die Rückstände der an Frankreich schuldigen Kriegs-Contribution, um 16,000,000 Fr. 00 c. sodann durch das Kapital für die in Hannover retrocedirten Forsten und Domänen **) um 17,185,448 Fr. 60 c. mithin überhaupt auf die Summe von 126,930,942 Fr. 51 c. vergrößert worden, welche durch die erhobenen Zwangs-Anleihen, den Antheil an der Hannöverschen Schuld, die Arrondissements-Schulden etc. auf **Zwey hundert Millionen Franken** angewachsen ist.

*) Rapport de la Commission du Conseil d'Etat chargée d'examiner les travaux de la Caisse d'Amortissement, vom 12. November 1809 in der Administration des finances du Royaume de Westphalie en 1808. Etat litt. I.

**) Nehmlich in Hannover 15,550,553 Fr. 80 C.

In den alten Provinzen 1,634,894 — 80 —

17,185,448 Fr. 60 C.

Ueber die Verwaltung der Finanzen. Beylage No. 2. die Posten 2, 3, 4 u. 5.

Von der alten Schuld sind an S e c h s Millionen theils durch Consolidirung, theils auf andern Wegen amortirt, von der Kriegs-Contribution nahe an Dreyzehn Millionen *), von dem Domänen-Capital nahe an Drey Millionen abbezahlt worden, welche beyden Schuldposten, zusammen Drey und dreyssig Millionen Franken, für die jetzigen Regierungen erspart sind.

Die Schulden, welche die Westphälische Regierung selbst contrahirt hat, bestehen:

a) in den drey Zwangs-Anleihen, zusammen **)	18,946,073 Fr. 39 c.
b) in den b a a r bezahlten Cautio- nen, höchstens	1,500,000 Fr. 00 c.

*) Zufolge der am 22. April 1808 geschlossenen Abrechnung, haben die Rückstände 26,364,248 Fr. 20 C. und einschliesslich einer besonders liquidirten Schuld der Alt-Mark 2,515,589 — 30 —
überhaupt 28,879,837 Fr. 50 C.

betragen, worauf

a) bey der Liquidation abgerechnet	2,788,776 Fr. 76 C.	}	12,800,878 — 61 —
b) und seit 1808 abbezahlt worden sind	10,012,101 — 85 —		
mit Rückstand verblieben ist			16,078,958 Fr. 89 C.

Man sehe den vorangeführten Rapport de la Commission S. 307 ff.

**) Das 1te durch das Dekret v. 19. Oct. 1808 — 9,700,000 Fr. 00 C.
Das 2te — — — v. 1. Dec. 1810 — 7,149,905 — 80 $\frac{1}{3}$
Das 3te — — — v. 28. Jan. 1812 — 3,095,767 — 58 $\frac{2}{3}$

Alle drey sind auf den Grund und in Folge des Gesetzes vom 17. Jul. 1808 erhoben, durch welches die Stände eine Anleihe von Zwanzig Millionen eingewilligt hatten, die auf dem Wege einer freywilligen Negotiation nicht realisirt werden konnte.

Uebertrag 21,446,072 Fr. 39 c.

c) endlich in den Bons für rückständige Zinsen und Administrations-Ausgaben *)	1,000,000 Fr. 00 c.
überhaupt in	22,446,073 Fr. 39 c.
wovon jedoch seit April 1811 die Summe von	6,003,200 Fr. 00 c.
theils abbezahlt, theils sonst getilgt worden ist **), so daß die verbleibende Schuld überhaupt noch	16,442,873 Fr. 39 c.
oder 4,247,100 Rthlr. Convent. Münze beträgt.	

Die Uebernahme der alten Schulden in ihrem ursprünglichen Nominalwerth, unter welchen sie nach dem eisernen Willen des Kaisers Napoleon hatte reduzirt werden müssen, kann irgend einem Bedenken nicht unterliegen, so wie sie auch allgemein verfügt worden ist. Eine gleiche Gerechtigkeit dürfen aber auch die Gläubiger der neuen Westphälischen Staats-Schuld ansprechen, weil sie von einer als rechtmässig anerkannten Regierung contrahirt, von den Reichsständen consentirt, durch dringende Staatsbedürfnisse veranlaßt und nur für diese verwendet

*) Ausgegeben waren überhaupt von beyden 3,474,231 Fr. 50 C. wovon durch die Domänen-Verkäufe und sonst 2,822,476 — 00 — eingezogen, mithin verblieben sind . . . 651,755 — 50 — welche Summe durch Emissionen im J. 1813 um 350,000 — 00 — vermehrt seyn mag. *Ueber die Verwaltung der Finanzen etc. Beyl. No. 3.*

**) Veber die Verwaltung der Finanzen etc. S. 86. Rechnet man vorstehende Data zusammen, so ergiebt sich, daß die Schuld um Sieben und Zwanzig Millionen Franken vermindert worden ist.

worden ist *), dann auch, weil ihre Uebernahme die Lasten der einzelnen Staaten nur unbedeutend vergrößert **), wogegen die Verweigerung derselben den Wohlstand einer grossen Anzahl von Familien untergraben würde.

In dieser Totalsumme der von der Westphälischen Regierung contrahirten Schulden, sind die Administrations-Ausgaben, welche bey ihrer Auflösung unbefriedigt waren (dette flottante), sodann eine Summe von Dreyzehnmal Hundert Tausend Franken nicht begriffen, welche die Civilliste aus einem derselben im Jahre 1809 gemachten Darlehn, der Bank in Magdeburg schuldig geworden war. Erstere, die nicht befriedigten Administrations-Ausgaben, welche ohngefähr Zwey und eine halbe Million Franken betragen haben mögen, waren indessen durch die über Drey Millionen Franken betragende fällige Activ-Ausstände mehr als gedeckt ***); eben

*) Vergleicht man mit den vorstehend nachgewiesenen Totalbetrag der Lasten und Verluste von . 88,040,613 Fr. 26 C.
 den Kapital - Betrag der
 veräusserten Domänen 15,770,229 Fr. 04 C. }
 und das Total der ver- } 32,213,102 — 43 —
 bleibenden Schuld . . 16,442,873 — 39 — }
 so ergiebt sich eine Differenz von . . 55,827,510 — 33 —
 welche aus den ordinären Einkünften hat gedeckt werden müssen.

**) Nach der Seelenzahl, so wie sie von der statistischen Commission auf dem Wiener Congress angenommen worden ist, vertheilt, würden von der ganzen Summe auf Preussen 1,781,658 Rthlr.; auf Hannover 1,144,257 Rthlr.; auf Hessen 879,135 Rthlr. und auf Braunschweig 442,050 Bthlr. fallen.

***) Ueber die Verwaltung der Finanzen des Königr. Westphalen etc. S. 121 Note a. Allein in Hessen, wo der Krieg weniger störend auf die Verwaltung gewirkt hat, sind

so hatte die Civilliste durch eine mit derselben im Laufe des Jahres 1812 getroffene Uebereinkunft, die Domäne Schneidlingen und das Vorwerk Börnecke als Befriedigungsmittel an die Bank übereignet *), weshalb weder die eine noch die andere Schuld zu berücksichtigen ist, und die vorbemerkte Summe von 4,247,1000 Rthlr. das Totale der von der Westphälischen Regierung verbliebenen Schulden in sich faßt.

96,488 Rthlr. 28 Albus 3 Heller an solchen Ausständen eingezogen worden (Kurfürstliche Landtags - Verhandlungen im Jahr 1816. S. 215), die in den übrigen Departements ungleich bedeutender gewesen sind. Ausser den ausstehenden Staats - Revenüen, ist eine bedeutende Summe von Einnahmen aus den französischen Dotationen fällig gewesen.

*) Die umständliche Erörterung in Betreff dieser Schuld, in der Schrift: *Ueber die Verwaltung* etc. S. 93 Note 6.

III. Versorgung der Westphälischen Central- und Lokal - Staatsdiener.

Als nach dem Tilsiter Frieden die Preussischen Provinzen auf dem linken Elbeufer an das Königreich Westphalen überwiesen worden sind, haben Se Majestät der König von Preussen sämmtliche Unterthanen und Staatsdiener in denselben, ihrer Pflichten gegen Ihre Allerdürchlauchtigste Person und das Königliche Haus entlassen, und zur Treue gegen den neuen Landesherrn angewiesen *). Von den Regenten der übrigen blos durch Gewalt entrisenen Provinzen, war eine solche Entlassung und Anweisung an den neuen Landesherrn zwar nicht erfolgt, ohne daß aber die Dienstleistung, zu welcher die Staatsdiener sich verstanden, oder zu welcher sie, um ihre und ihrer Familien Existenz sicher zu stellen, sich genöthiget gesehen haben, denselben zum Tadel gereichen, oder die jetzigen Regierung von der Verpflichtung befreyen kann, diese Diener in einem ihrer Anstellung im Westphälischen Dienste entsprechenden Verhältnisse zu versorgen. Staatsdienste werden eigentlich dem Staate, der Person des Regenten aber nur in Beziehung auf diesen, und nur in so fern geleistet, als derselbe die Regierungs-Rechte ausübt, da, wenn ein Fürst, wie begründet auch

*) Erklärung Sr. Majestät des Königs von Preussen, an die Bewohner der zwischen Rhein und Elbe abgetretenen Provinzen dd. Memel den 24. Julius 1807: „Ich entlasse Euch
„Eurer Unterthanen - Pflicht gegen Mich und Mein Haus. Un-
„sere heißesten Wünsche für Euer Wohl begleiten Euch zu
„Euerm neuen Landesherrn; seyd ihm was Ihr Mir waret.“

seine sonstigen Rechte sind, zufällig oder gewaltsam in deren Ausübung gehindert ist, die Regierung selbst niemals still stehen kann. Dieser Grundsatz, welchem die Vertretung der bewährtesten Rechtslehrer und die Staatspraxis aller Zeiten zur Seite steht *), ist selbst in dem Interesse der Regenten, so wie der Staaten gegründet, welche letztere doppelt leiden würden, wenn eine auf Jahren eintretende zufällige oder gewaltsame Hemmung der Wirksamkeit des ersteren, die Action der Verwaltung lähmen könnte, oder in Stillstand bringen müßte.

Jeder, der dem Staate dient, hat auf die Gerechtigkeit und auf die Sorgfalt desselben Anspruch, in Ansehung von welchen, so wie in Betreff der Pflicht zu ihrer Gewährleistung es gleichgültig ist, wer das Haupt des Staates ist, weil, wie so eben angeführt ist, die Staatsdienste dem Regenten nur in Beziehung auf den Staat selbst geleistet werden **). Die bewährtesten Rechtslehrer stimmen darin überein, daß Staatsdienste, man mag dieselbe als aus einem Vertrage, oder aus der Quelle der öffentlichen Lasten entsprungen betrachten, einen unwiederruflichen Nahrungsstand bilden, welcher dem

*) Z. B. schon in einer merkwürdigen Parlaments-Akte unter der Regierung Heinrich VIII. vom Jahr 1495: daß Niemand, der dem jedesmaligen Könige im Kriege oder sonst auf andere Weise beystehen würde, niemals hernach weder durch den Weg der Gesetze, noch durch eine Parlaments-Akte wegen eines solchen Beweises seines Gehorsams sollte angesehen werden können. *Hume Geschichte von England.*

**) Geschichtliche Darstellung des Schicksals der ehemaligen, vor der französischen Besitznahme des linken Rheinufers in diesen Ländern angestellten Staatsdiener, und rechtliche Erörterung ihrer Ansprüche. Hornung 1816.

Staatsdiener unverletzt und unverkürzt erhalten werden muß, der keinesweges nach Willkühr der Staatsgewalt geschmälert werden kann, der endlich, so wie jeder andere Nahrungsstand, unter dem Schutz und unter der Garantie des Staates steht, und dem Staatsdiener sowohl auf dessen Erhaltung, als darauf ein Recht gibt, »daß
 »im Fall ohne sein Verschulden eine Veränderung in seinem Dienstverhältnisse bewirkt wird, oder der Landesherr sich seiner Dienste nicht mehr bedienen will, ihm
 »entweder eine äquivalirende Anstellung gegeben, oder
 »wenigstens der lebenslängliche Fortgenuß der Emolumente belassen werde, welche mit der aufgehobenen
 »Stelle verbunden gewesen sind *).«

In Gemäfsheit dieser Grundsätze, welche die unwandelbare Praxis der vormaligen Reichsgerichte bey jeder Veranlassung als Recht gehandhabt hat, war daher auch in dem 59. Artikel des Reichs-Deputations-Rezesses vom 25. Februar 1803, sämmtlichen Staatsdienern in den säkularisirten Ländern, der unverkürzte lebenslängliche Fortgenuß ihres bisdahinigen Ranges, ganzen Gehaltes, rechtmässigen Emolumenten, oder wo diese wegfallen, dafür zu regulirender Vergütung zugesichert; denjenigen, welche die neuen Landesherrn nicht in ihren Diensten haben behalten wollen, dieser gleichmässig lebenslängliche Fortgenuß als Pension garantirt; im 68. Artikel aber in An-

*) von Kampz Nachlese zur Abhandlung über die Entschädigungs - Berechtigung der Staatsdiener bey Aufhebung ihrer Stellen, in Winkopps Rheinischem Bund, Heft 54 S. 369.

Gönner der Staatsdienst aus dem Gesichtspunkte des Rechtsund der National - Oekonomie betrachtet. Landsh. 1808.

Ueber die Rechte der Staatsdiener und Pensionisten bey Staaten - Veränderungen. Frankfurt 1814.

sehung derjenigen Staatsdiener, welche nicht als Lokaldiener zu betrachten waren, verfügt worden, daß ihre Sustentation von den verschiedenen Landesherren, die sich in den Besitz eines Landes getheilt haben, verhältnißmäßig übernommen werden soll.

Die Anwendung dieser Grundsätze, deren Fortbestehen der 15. Artikel der Bundesakte denjenigen, die auf dieselbe ein Recht haben, garantirt, ist in dem 45. Artikel der Congressakte, für die Staatsdienerschaft des Großherzogthums Frankfurt ausdrücklich verfügt worden *), welche daher auch die Staatsdienerschaft des ehemaligen Königreichs Westphalen mit so größerem Vertrauen ansprechen dürfen, als bey der völligen Gleichheit aller Verhältnisse eine Verschiedenheit in der Behandlung rechtlich nicht begründet ist, und eben so wenig der Gerechtigkeit als den wohlwollenden Absichten der Allerhöchsten Mächte und der Bundesversammlung gemäß seyn kann, daß einzelne Familien das Opfer derjenigen Ereignisse werden sollen, die sie in den Schleyer der Vergessenheit hüllen zu wollen erklärt haben.

Es kann nicht in dem Willen der Allerhöchsten Mächte, nicht in der Absicht Teutscher Fürsten liegen, daß in Teutschland nach minder gerechten und liberalen Grundsätzen, als in andern Staaten, und bey der Reconstituierung minder wohlwollend verfahren werde, als bey dem

*) Art. 45. No. 5. Les serviteurs du grand duché de Frankfort tant civils et ecclesiastiques que militaires et diplomatiques, seront traités conformément aux principes de l'art. 59 du recès de l'Empire du 25 fevrier 1803, et les pensions seront payées proportionnellement par les souverains qui eurent dans la possession des états qui ont formé le dit grand duché, à dater du 1 Juin 1814.

ersten Schritt zur Erschütterung des Teutschen Reichs, nach dem Lüneviller Frieden, verfahren worden ist. Es kann nicht ihrer Gerechtigkeit gemäß seyn, daß durch die verweigerte Aufrechthaltung der Handlungen einer Regierung, die sie durch ihre Anerkennung als zur gültigen Ausübung aller Staats- und Regierungshandlungen befugt und ermächtigt dargestellt haben, das Vertrauen in die Heiligkeit der Verträge und in die Rechtsbeständigkeit der auf diese gegründeten Staatenverhältnisse erschüttert und vernichtet werde.

Aus diesen Gründen dürfen daher auch diejenigen, welche bey der Aufrechthaltung der Handlungen der Westphälischen Regierung so wesentlich betheiligt sind, mit Zuversicht hoffen, daß die Teutsche Bundesversammlung die Verpflichtung zur Aufrechthaltung der vorstehend gerechtfertigten Domänen-Veräußerungen, und zu der Uebernahme der von der Westphälischen Regierung contrahirten Schulden aussprechen, und die Subsistenz der vormals Westphälischen Staatsdiener nach Maßgabe der für das Großherzogthum Frankfurt genehmigten Grundsätze, sicher stellen werde.

Von der
Rechtsbeständigkeit
der
Regierungshandlungen des Eroberers
in Beziehung
auf das rechtmäßige Staatsoberhaupt,
welches
durch die Gewalt der Waffen wieder zur Ausübung
seiner Herrscherrechte gelangt ist.

Es ist also hier nicht von dem Falle die Rede, da der wieder verdrängte Eroberer außer dem sogenannten Eroberungsrechte noch einen andern in Beziehung auf den ehemaligen Herrscher gültigen Rechtsgrund, z. B. einen mit diesem Herrscher geschlossenen Vertrag für sich hatte. Zwar dürften die Grundsätze, nach welchen der in der vorliegenden Abhandlung zu untersuchende Fall zu beurtheilen ist, auch auf die Beurtheilung dieses Falles den wesentlichsten Einfluß haben. Jedoch es ist zweckmässig, eine Untersuchung, die, wie die gegenwärtige, von oft und viel bestrittenen allgemeinen Grundsätzen ausgehn muß, zuvörderst an einen einzelnen Fall zu knüpfen.

Es ist hier ferner nur von dem Falle die Rede, da das rechtmäßige Staatsoberhaupt den Eroberer durch die Gewalt der Waffen aus dem Besitze setzt, also nicht von dem Falle, da dieses Oberhaupt vermöge eines besondern Rechtsgrundes, z. B. vermöge eines Vertrages, den es mit dem Eroberer oder mit dritten Mächten geschlossen hat, wieder zur Ausübung seines Herrscherrechts gelangt. In diesem Falle ist vor allen Dingen der Inhalt dieser Rechtsurkunde, auch was die vorliegende Untersuchung betrifft, zu berücksichtigen. Wenn und in wie fern aber diese Urkunde weder unmittelbar noch mittelbar einen Aufschluß über die Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen des Eroberers enthält, werden dennoch die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung schlechthin in Anwendung zu bringen seyn.

Hingegen umfaßt die vorliegende Untersuchung sowohl den Fall, da das rechtmäßige Staatsoberhaupt schlechthin, als auch den Fall, da es nur aus dem Besitze einer einzelnen Provinz von dem Eroberer verdrängt worden ist; ferner nicht nur den Fall, da der Eroberer selbst, sondern auch den, da ein anderer auf den Geheiß oder in Vollmacht des Eroberers (wie z. B. der König von Westphalen kraft der ihm von dem Französischen Kaiser verliehenen Macht) geherrscht hat; endlich sowohl den Fall, da das rechtmäßige Staatsoberhaupt durch eigene Macht, als auch den, da es durch

den Beystand eines Dritten wieder zur Ausübung seines Herrscherrechts gelangt ist. Denn in allen diesen Fällen sind es dieselben Grundsätze, welche zur Anwendung kommen.

Es ist von grofser Wichtigkeit, dafs man den Theil des Rechts gehörig bestimmt, aus welchem die Auflösung einer gewissen rechtlichen Aufgabe zu entlehnen ist. Bey keiner Frage ist es ja gleichgültig, an wen man sie richtet.

Die vorliegende Aufgabe nun gehört beziehungsweise sowohl für das Völkerrecht, als für das Staatsrecht. Für das erstere, in wie fern von dem Rechtsverhältnisse zwischen dem Eroberer und dem rechtmässigen Staatsoberhaupte, für das letztere, in wie fern von dem Rechtsverhältnisse zwischen dem rechtmässigen Staatsoberhaupte und seinen Unterthanen die Rede ist. So wie das erstere Rechtsverhältnifs dem Staatsrechte, so ist das letztere Rechtsverhältnifs dem Völkerrechte fremd. Wollte man die Aufgabe in Beziehung auf beyde Rechtsverhältnisse nur nach den Grundsätzen des Völkerrechts, oder nur nach den Grundsätzen des Staatsrechts beantworten (und sehr häufig ist man insbesondere in den ersteren Fehler verfallen), so müfste

man zu einem nicht nur in wissenschaftlicher Hinsicht irrigen, sondern auch zu einem in practischer Beziehung sehr bedenklichen Resultate gelangen.

Unser Zeitalter ist wohl dem Irrthume entwachsen, als ob man die Grundsätze des bürgerlichen Rechts, und namentlich des Römischen, schon von Rechtswegen auch auf das Rechtsverhältniß zwischen dem Fürsten und den Unterthanen, oder auf das Rechtsverhältniß zwischen freyen Völkern anzuwenden habe. Indessen für diejenigen, welche sich in der vorliegenden Lehre aus einer an sich löblichen Achtung für das Ansehn des Römischen Rechts noch immer auf das *jus postliminii* berufen, stehe hier doch folgende Bemerkung.

Allerdings traten, vermöge dieses Rechts, Gefangene, sobald sie von der Gewalt des Feindes befreyt waren, wieder in ihre vorigen Rechte, allerdings kehrten die von dem Feinde in Besitz genommenen und dem Feind sodann wieder abgenommenen Sachen, vermöge desselben Rechts, an ihre vorigen Eigenthümer zurück *). Allein diese Regel ist im Römischen Rechte durch gar manche Ausnahmen beschränkt, und wenn schon unter diesen keine, die sich unmittelbar auf die vorliegende

*) L. 3. §. 1. l. 20. §. 1. D. de captivis et postliminio.

Aufgabe bezieht, vorkommt, so verdient doch folgende um so mehr eine Erwähnung, da man so oft die landesherrliche Gewalt der Teutschen Fürsten mit der väterlichen, von welcher die gleich anzuführende Stelle handelt, verglichen hat. »Medio tempore«, sagt das 12te Gesetz des angeführten Titels §. 3., »filius, quem habuit in potestate captivus, uxorem ducere potest: quamvis consentire nuptiis pater ejus non posset: nam utique nec dissentire: susceptus ergo nepos in captivi potestate, ut redierit, erit, suusque heres ei quodammodo invito, cum nuptiis non consenserit: non mirum: *quia illius temporis conditio necessitasque faciebat, et publica nuptiarum utilitas exigebat.*

Es ist geradezu ein Irrthum, wenn man nach den Grundsätzen des Völkerrechts ein Eroberungsrecht in dem Sinne annimmt, daß die bloße Thatsache der Eroberung irgend ein Recht an dem eroberten Lande in Beziehung auf die rechtmäßige Regierung desselben begründe. Die Eroberung an sich ist der Sieg der physischen Gewalt, und Uebermacht kann weder in diesem noch in irgend einem andern Falle ein Recht begründen. Sondern die Eroberung kann entweder rechtmäßig oder widerrechtlich seyn, je nachdem sie auf einem hinreichenden Rechtsgrunde beruht, oder nicht. Ueber diese Frage aber ist das eine und das andere Volk sein eigener

Richter, und nur ein Friedensschluss kann ein für beyde Theile gültiges Recht an der gemachten Eroberung begründen. Bis dahin ist der bisherige Fürst des eroberten Landes, und wäre er auch der einzige, welcher noch nicht die Fesseln des Siegers trüge, berechtigt, durch ein jedes ihm zu Gebote stehendes und dem Kriegsrechte nach zulässiges Mittel, den siegreichen Feind aus dem Besitze zu vertreiben.

Aber wenn auch aus der Eroberung für sich noch überall kein Recht entsteht, so gibt es doch ein Eroberungsrecht in dem Sinne, daß es ein Inbegriff der Grundsätze ist, nach welchen der Eroberer die ihm zu Gebote stehende physische Macht auszuüben hat, damit er sie mit den Grundsätzen des Rechts wenigstens annäherungsweise in Uebereinstimmung setze. (Also nicht ein *jus ex occupatione bellica oriundum*, sondern ein *jus occupationi bellicae scriptum*.) Das Eroberungsrecht in diesem Sinne ist ein Theil des Kriegsrechtes. So wie das Kriegsrecht den Kampf zwischen zwey Mächten zum Gegenstande hat, so hat das andere den Sieg der einen Macht über die andere zum Gegenstande. Beyde aber gehen nur von einer (dem Rechte an sich fremden) Thatsache aus, gleichsam von der Gährung streitender Grundstoffe und von dem Niederschlage des einen durch den andern. Um nun dieses an sich bloß physische Verhältniß (denn von Rechtswegen sollte auch unter Völkern nicht die Gewalt der Waffen, sondern ein Richter

den Streit entscheiden) mit den Grundsätzen des Rechts wenigstens annäherungsweise in Einklang zu bringen, stellt das allgemeine (und in der That auch das Europäische) Kriegerrecht den Grundsatz auf: *Der Zweck des Krieges ist der Friede!* Und aus diesem Grundsatze leitet wieder das Eroberungsrecht den besondern Satz ab: *Ein erobertes Land ist bis zum hergestellten Frieden so zu verwalten, dass der Zweck des Krieges, der Friede, nicht verhindert, sondern befördert werde.*

Dieses Princip des Eroberungsrechtes (und des Kriegerrechtes überhaupt) lässt allerdings mehr als eine Deutung zu, und es ist ihm mehr als eine Deutung gegeben worden. Aber die bessere, d. h. diejenige Deutung, welche sich aus dem rechtlichen Wesen des Krieges, als eines Zustandes, welcher blos vorübergehend seyn soll, ergibt, ist die, dass der Eroberer sich während des Krieges nur als einen Verwalter des eroberten Landes zu betrachten hat. Die Rechtsregel: *Pendente lite ne quid innovetur*, ist auch für ihn geschrieben. Er darf sich als den Stellvertreter des einstweilen verdrängten Staatsoberhauptes, aber er darf sich nur in dieser Eigenschaft betrachten. Bereit, wie er seyn soll, das eroberte Land dem rechtmässigen Fürsten, sobald sich dieser zur Genugthuung erbietet, wieder herauszugeben, darf er z. B. nach den Grundsätzen des Kriegs- und Eroberungsrechtes, nicht die Verfassung des Landes verändern, nicht

die Krongüter veräußern, nicht das Volk durch außerordentliche Lasten aussaugen; aber er darf die Gesetze geben, die der Augenblick dringend fordert, er darf die bestehenden Abgaben zu seinem Vortheile verwenden, die Kräfte des Volkes zu seinem Besten in Bewegung setzen. Nur ein Nothfall kann ihn zur Abweichung von dieser Regel ermächtigen.

Der hier aufgestellte und erläuterte Grundsatz des Eroberungsrechtes ist es nun, welcher die aus der Eroberung entstehenden gegenseitigen Rechtsansprüche des Eroberers und des rechtmäßigen Staatsoberhauptes der-einst beym Abschlusse des Friedens bestimmt, es mag der rechtmäßige Fürst schon während des Krieges und durch die Gewalt der Waffen wieder zur Herrschaft über sein Land gelangt seyn, oder erst durch den Frieden dazu gelangen. Hat der Eroberer die ihm durch jenen Grundsatz gesetzten Grenzen überschritten, so entsteht daraus ein besonderer Entschädigungsanspruch für das rechtmäßige Staatsoberhaupt. Hat er dagegen diese Grenzen beobachtet, so ist er berechtigt, die Aufrechthaltung der Regierungshandlungen, die er als Eroberer in dem eroberten Lande ausgeübt hat, durch den Friedensschluß zu bedingen, oder doch, wenn und in wie fern eine solche Bedingung mit der Selbstständigkeit des andern Staates unvereinbar seyn sollte, auf den Fall der Wiederrufung dieser Handlungen eine Entschädigung für die dabey Betheiligten auszumachen.

Das Kriegerrecht, welches in Europa bis zu der Französischen Revolution bestand, stimmte mit diesen Grundsätzen wenigstens in dem Grade überein, in welchem man eine solche Uebereinstimmung, bey der Zweydeutigkeit des Kriegerrechtes an sich und unter dem Geräusche der Waffen, erwarten konnte. Da nun, so bald sich der Eroberer an diese Grundsätze bindet, das rechtmässige in den Besitz seines Landes wieder eingesetzte Staatsoberhaupt in der Regel kein besonderes Interesse hat, die Regierungshandlungen des Eroberers anzufechten, so mußte damals der Fall seltner eintreten, daß die Aufgabe der vorliegenden Abhandlung zur Sprache gekommen wäre, oder daß man das Bedürfnis gefühlt hätte, diese Aufgabe noch aus einem andern Standpunkte, als aus dem Standpunkte des Völkerrechtes zu betrachten.

Der Schauplatz änderte sich mit der Französischen Revolution. Der Krieg, den diese Begebenheit herbeiführte, (denn in der That war es nur ein einziger Krieg, obwohl durch mehrere Waffenstillstände unterbrochen) kann auch in dem Sinne der Revolutionskrieg genannt werden, daß er das bisherige Europäische Völkerrecht, und insbesondere das Europäische Kriegerrecht, in seinen Grundfesten erschütterte. Die revolutionären Mafsregeln, welche in dem Innern von Frankreich an der Tagesordnung waren, wurden von den Franzosen auch in den von ihnen eroberten Ländern in

Anwendung gebracht. So wie einst in dem Peloponnesischen Kriege Athen, wenn es Sieger war, die demokratische Verfassung, und Sparta, wenn es die Oberhand gewann, die aristokratische Verfassung in den von ihm eroberten Städten einführte, so erlebten wir während jenes Krieges unter ähnlichen Umständen (denn auch in dem Revolutionskriege war die Verfassung der einzelnen Völker ein bedeutendes Gewicht in der Wagschale der Macht des einen oder des andern Theiles) ähnliche Erscheinungen. Da mußte nun die Frage von der Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen des Eroberers weit häufiger zur Sprache kommen. Je mehr Frankreich bey der Verwaltung der von ihm gemachten Eroberungen die Grundsätze des allgemeinen und des ehemaligen Europäischen Kriegsrechtes überschritten hatte, je mehr der Kampf gegen Frankreich darauf berechnet war, das Bessere der Vorzeit wieder herzustellen, desto mehr mußten die Fürsten und die Staatsmänner, welche die Macht des gegen Frankreich verbündeten Europa leiteten, geneigt seyn, die Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen des Eroberers, den Fall eines mit ihm geschlossenen Vertrages ausgenommen, nach der ganzen Strenge des Völkerrechtes und in einer jeden Beziehung nach diesem Rechte zu beurtheilen.

Aber ist denn der völkerrechtliche Gesichtspunkt der einzige, aus welchem die vorliegende Aufgabe beurtheilt

werden kann und zu beurtheilen ist? In Beziehung auf den Eroberer sind allerdings nur die Regierungshandlungen als rechtsbeständig zu betrachten, welche nach den oben aufgestellten Grundsätzen des Eroberungsrechtes gerechtfertigt werden können. Aber auch in Beziehung auf die eigenen Unterthanen, aber auch dem Staatsrechte nach? Würde nicht der rechtmäßige Fürst sein eigenes Land als ein erobertes behandeln, wenn er, in die Ausübung seines Herrscherrechts wieder eingesetzt, jene Grundsätze auch auf die innere Staatsverwaltung übertragen wollte?

Fragt man nun: Ob nach den Grundsätzen des Staatsrechts die Regierungshandlungen des Eroberers als fortdauernd rechtsbeständig zu betrachten sind? so sehe ich mich aus folgenden Gründen genöthiget, diese Frage, und zwar ohne die Beschränkungen, welcher die Rechtsbeständigkeit dieser Handlungen nach dem Völkerrechte unterworfen ist, zu bejahen.

Erstens: Der Staat ist ein ewiger Verein. Denn der Staat ist bestimmt, die Idee eines rechtlichen, der Sittlichkeit und der Wohlfarth der Menschen förderlichen Zustandes zu verwirklichen, eine Idee, welche nur mittelst der Begründung oder Anerkennung einer Staatsgewalt verwirklicht werden kann; und, so sehr auch die

Ewigkeit des Staates bloß der Metaphysik des Rechts anzugehören scheint, so beruhen doch eine Menge Sätze des positiven Staatsrechts, die unter verschiedenen Gestalten der Verfassung eines jeden Staates zum Grunde liegen (z. B. der Satz, daß in einer erblichen Einherrschaft der Regierungsnachfolger unmittelbar und von Rechtswegen an die Stelle seines Vorgängers trete, ferner der Satz, daß der Fürst und seine Regierungs-Vorfahren in rechtlicher Hinsicht als eine und ebendieselbe Person zu betrachten sind), gerade auf dieser Eigenschaft. — Wenn nun aber das Daseyn des Staates in keinem Augenblicke aufhören oder als unterbrochen gedacht werden darf, wenn ferner der Staat nicht ohne einen Herrscher, welcher das Volk in Gehorsam zu halten vermag, bestehen kann, so folgt von selbst, *daß dem Staatsrechte nach der Eroberer, so lange er in dem Besitze der Staatsgewalt ist, als das rechtmäßige Oberhaupt des Staates und der Staatsherrscher, den er verdrängt hat, dereinst, d. h. wenn dieser wieder zur Ausübung seines Herrscherrechts gelangt, als der Rechtsnachfolger des Eroberers zu betrachten ist.* — Aus demselben Principe folgt aber auch, (und es ist diese Folgerung um so mehr herauszuheben, da sie ein neuer Beweis ist, daß das Recht und die Politik an sich gar wohl mit einander vereinbar sind,) daß eben so dem Eroberer die Eigenschaft eines Rechtsnachfolgers des verdrängten Staatsoberhauptes zukommt. — Man glaube jedoch nicht, daß zwischen diesen Fällen einer

ausserordentlichen Regierungsveränderung und zwischen dem Falle eines verfassungsmässigen Regentenwechsels (wenn z. B. der Fürst stirbt und der verfassungsmässige Thronfolger an seine Stelle tritt) überall kein Unterschied sey. Sie unterscheiden sich allerdings, wie eine Veränderung, die durch eine (von aussenher bewirkte) Revolution herbeygeführt wird, und eine Veränderung, die zufolge der Gesetze im Staate eintritt. Daher ist auch die vorliegende Aufgabe in der That gleichbedeutend mit der: Ob und in wie fern das der althergebrachten Verfassung nach rechtmässige Staatsoberhaupt, welches durch eine von Innen bewirkte Revolution verdrängt worden ist, und über kurz oder über lang durch eine neue innere Revolution wieder zur Ausübung seines Herrscherrechts gelangt, verbunden sey, die Regierungshandlungen der revolutionären Zwischenregierung anzuerkennen? Denn der Unterschied, daß die Gegenrevolution in dem einen Falle durch eine äussere, in dem andern aber durch eine innere Ursache bewirkt worden ist, ist in staatsrechtlicher Hinsicht nicht wesentlich. Man kann daher zur Unterstützung der hier in Frage stehenden Behauptungen alles das benutzen, was in den neuesten Zeiten in Frankreich gesagt und gethan worden ist, um die durch die Französische Revolution eingeführte Ordnung der Dinge, ungeachtet der Wiederherstellung des rechtmässigen Monarchen, aufrecht zu erhalten.

Zweytens: Die Machtvollkommenheit (die Souveränität) hat zwey wesentliche Bestandtheile: das Recht zu herrschen und die Macht zu herrschen. Nun ist zwar, wenn man den Staat in der Idee betrachtet, das Recht nicht von der Macht, sondern die Macht von dem Rechte abhängig. Was aber den Staat in der Wirklichkeit betrifft, so muß man von dem gerade entgegengesetzten Verhältnisse ausgehn, also das Recht von der Macht abhängig machen, in sofern von der Pflicht der Unterthanen, als solcher, dem Staatsherrscher zu gehorchen, die Rede ist. Denn wollte man die Unterthanen nur in so fern für verpflichtet erklären, der bestehenden Obrigkeit Gehorsam zu leisten, als diese eine rechtmäßige Obrigkeit sey, so müßte man auch einem jeden einzelnen Unterthanen das Recht beylegen, über die Rechtmäßigkeit der bestehenden Verfassung ein rechtskräftiges Urtheil zu fällen, d. h. man müßte den Staat selbst aufheben. Eine sowohl an sich, als gerade in unsern Zeiten und gerade in Deutschland (wo z. B. die Auflösung des Deutschen Reiches so manchen Regentenwechsel herbeygeführt hat, welcher sich nur nach den Grundsätzen des Nothrechtes vertheidigen läßt,) höchst gefährliche Theorie! Wenn nun aber in den wirklichen Staaten die Unterthanen, als solche, verpflichtet sind, nach dem Spruche zu handeln: Jedermann sey unterthan der Obrigkeit, welche Gewalt über ihn hat, wenn man diese Pflicht entweder schlechthin (und also auch, wenn der Eroberer diese Obrigkeit ist,)

annehmen oder schlechthin läugnen muß, so ist auch umgekehrt der jedesmalige Staatsherrscher (also auch das durch die Gewalt der Waffen wieder eingesetzte rechtmäßige Staatsoberhaupt) verpflichtet, die Regierungshandlungen eines frühern Staatsherrschers, in so fern die Unterthanen dabey betheiligt sind, als rechtmäßig anzuerkennen. — Auch für das Völkerrecht ist es von hoher Wichtigkeit, den Grundsatz, daß in den wirklichen Staaten das Recht auf der Macht beruht, bey Kräften zu erhalten. Und obwohl diese Beziehung der Sache der vorliegenden Untersuchung fremd ist, so kann ich mich doch nicht enthalten, folgende Stelle aus der Note eines auch als Schriftsteller glänzenden Staatsmannes *) anzuführen: »Ce sont les nations qui se font la guerre, ce sont les nations, qui déploient les forces nécessaires, soit pour la défense soit pour l'aggression; c'est sur elles, que retombent et les biens et les maux. Ce sont les nations, au nom desquelles l'on fait des alliances, l'on stipule, l'on acquiert ou l'on cède; que les chefs s'appellent Empereurs ou Rois, Sénateurs ou Landammans. C'est pourquoi, dans les tems modernes, nous évitons de nommer les Rois, ou les peuples; nous disons les Puissances. *Cette puissance, ce pouvoir*

*) Lettre du Baron de Gagern, plénipotentiaire des Pays-Bas à Lord Castlereagh, du 24. Oct. 1815, in den Pièces relatives au dernier traité des puissances alliées avec la France. Francf. sur le Mein, 1816. 8. Die Stelle steht S. 35.

suprême, la Souveraineté enfin, ne peut être dans les mains de celui, qui est divorcé de son peuple, qui est exilé, ou qui s'exile. C'est une pure fiction. Il ne peut pas stipuler pour son peuple, qui ne lui obéit pas, dont il ne peut pas garantir les actions; il ne peut faire alliance ou traité obligatoire, parceque l'obligation ne serait pas réciproque. Les jurisconsultes anciens et modernes, le Romain et le Sage des Pays-Bas sont d'accord.»

Drittens: Wenn der oberste Grundsatz, welcher die Handlungen einer Regierung leiten soll, der ist: *Salus reipublicae suprema lex esto!* so läßt sich für die in Frage stehende Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen des Eroberers auch das Interesse der Unterthanen und mithin das (davon unzertrennliche) Interesse des rechtmäßigen Staatsoberhauptes, als ein staatsrechtlicher Grund anführen. Denn was müßte dabey herauskommen, wenn die Unterthanen zu befürchten hätten, daß der rechtmäßige Fürst, dereinst nach seiner Wiederherstellung, die Regierungshandlungen des Eroberers entweder schlechthin nicht, oder doch nur nach Gutbefinden anerkennen werde? Die Unterthanen, welche dieser Wiederherstellung mit mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit entgegen sehn könnten, welche also befürchten müßten, die Regierungshandlungen des Eroberers über kurz oder über lang für ungültig erklärt zu sehen, würden nothwendig Bedenken tragen, diesen

Handlungen rechtlichen Glauben beyzumessen. Denkt man sich den Fall, daß dieses Mißtrauen den möglichsten Grad erreicht hätte, so müßte, so lange die Herrschaft des Eroberers dauerte, geradezu aller bürgerliche Verkehr aufhören. Denn bey einem jeden möglichen Rechtsverhältnisse, in welches sich der Mensch einläßt, kommt die Gewißheit in Rechnung, mit welcher er auf die Rechtsbeständigkeit dieses Verhältnisses und mithin auf die Gewährleistung des Staates rechnen kann. Legt man aber auch nicht diesen äussersten Fall zum Grunde, (und in der That kann und wird er nicht eintreten,) so muß doch allemal, wenn die Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen des Eroberers nicht als staatsrechtlicher Grundsatz anerkannt ist, die Periode der Eroberung, auch alle Privatverhältnisse mehr oder weniger durch die Furcht vor einer rechtlich ungewissen Zukunft hemmen oder zerrütten; und, je länger die Eroberung dauert, desto größer muß der Nachtheil seyn, welcher hieraus für das Leben und Streben des Volkes entsteht. Aber noch weit bedenklicher erscheint die Verkennung jenes Grundsatzes, wenn man den Einfluß in Erwägung zieht, den sie auf das Verhalten des Eroberers haben muß. Je mehr dann der Eroberer in den Bewohnern des eroberten Landes schlechthin seine Feinde erblicken muß, desto mehr wird er sie in dieser Eigenschaft behandeln. Je weniger er auf ein Zutrauen zu der bleibenden Rechtsbeständigkeit seiner Regierungshandlungen rechnen kann,

desto mehr wird er sich genöthigt sehn, seine Maßregeln bloß auf den Augenblick zu berechnen. Die Reichen, den begüterten Adel wird der Schlag am ersten und härtesten treffen. Sie kann man am ersten auswählen und zwingen. Die höchsten Bäume des Waldes ergreift am ersten der Sturm. — Zwar wird die Vergangenheit nicht wieder kehren. Die Vergangenheit kehrt nie wieder. Aber wer hätte an diese Vergangenheit geglaubt, als sie noch Zukunft war? Der Muth muß das Beste hoffen, die Vorsicht das Schlimmste fürchten.

Die erste Haupteinwendung, welche man der hier vertheidigten Theorie entgegen setzen wird, ist die, daß nach dieser Theorie aller Unterschied zwischen dem rechtmäßigen Staatsoberhaupt und dem Eroberer (oder einer revolutionären Regierung) in staatsrechtlicher Hinsicht aufhöre.

Diese Einwendung hat in dem Sinne ihre vollkommene Richtigkeit, daß, zu Folge der aufgestellten Theorie, der Eroberer eben so, wie das verfassungsmäßige Staatsoberhaupt, das Beste des Landes zum Zwecke seiner Regierungshandlungen zu machen hat. Aber wohl den Völkern, wenn dieser Grundsatz allgemein befolgt würde oder befolgt werden könnte.

Hingegen enthält jene Einwendung allerdings in dem Sinne einen sehr erheblichen Tadel, daß es nach der aufgestellten Theorie rechtlich gleichgültig zu seyn scheint, wer herrscht, wenn nur überhaupt geherrscht wird.

Erheblich nenne ich diesen Tadel; nicht aus dem Standpunkte des Völkerrechts, denn von diesem war in dieser Theorie überall nicht die Rede, nach diesem darf der Eroberer auf dieselbe Weise aus seinem Besitze gesetzt werden, auf welche er dazu gelangt ist; sondern aus dem Standpunkte des Staatsrechts. Denn wenn jene Theorie einen jeden staatsrechtlichen Unterschied zwischen einem rechtmäßigen und einem unrechtmäßigen Staatsoberhaupte aufheben sollte, und zwar selbst ohne Unterschied, ob äußere oder innere Gewalt ein neues Oberhaupt an die Stelle des verfassungsmäßigen gesetzt hätte, so würde sie in der That einen theils überhaupt, theils insbesondere für die Europäische Menschheit höchst gefährlichen Grundsatz aufstellen. Dann wären ja alle Revolutionen durch diese Theorie gerechtfertiget. Dann müßte man in den Europäischen Staaten entweder die Gründung republikanischer Verfassungen — also das Unmögliche *) — für möglich halten, oder

*) Da das Beyspiel der Nordamerikanischen Freystaaten noch für so Manche verführerisch ist, so verdiente die Verschiedenheit dieser und der Europäischen Staaten gar sehr eine

einen der größten Vorzüge der erblichen Monarchie, daß sie dem unruhigen Ehrgeize Einzelner in dem ewigen Rechte des Herrscherstammes einen unübersteiglichen Damm entgegensetzt, wenigstens in der Eigenschaft eines Rechtsgrundsatzes aufopfern.

Jedoch nur aus einem Mißverstände kann man der oben aufgestellten Theorie diese ganze Einrichtung entgegenstellen. Denn jene Theorie handelt überall nicht von dem Rechte, eine bestehende Verfassung zu verändern, sondern nur von dem Rechtsverhältnisse, welches, nachdem die Verfassung verändert worden ist, zwischen dem Machthaber und dem Unterthanen eintritt. Eben deswegen, weil ein jeder als rechtlich verpflichtet zu betrachten ist, der Obrigkeit zu gehorchen, die Gewalt über ihn hat, ist auch ein jeder rechtlich verpflichtet, die in seinem Vaterlande bestehende Verfassung mit Gut und Blut zu vertheidigen. Und wenn auch diese Pflicht mit dem Gegenstande aufhört, auf welchen sie sich bezieht, so ist doch die Beurtheilung der Frage: Wenn

eigene Untersuchung. Im 20sten Jahre liebt man die Demokratie, im 30sten wird man zweifelhaft, im 40sten ist man ein entschiedener Freund der Monarchie, und so bleibt es, nur daß man sich mit zunehmenden Jahren immer mehr und mehr zur unbeschränkten Monarchie hinneigt, bis endlich der Tod, dieser unerschütterliche Freund der Gleichheit, uns alle wegen des Wankelmuths unserer Gesinnungen bestraft. Wie alt aber ist die Europäische Menschheit?

der Kampf für den rechtmässigen Oberherrn, der Kampf gegen den Feind oder gegen die Stifter einer Revolution, nicht weiter einen Erfolg verspreche und mithin die Pflicht, sich einem neuen Herrn zu unterwerfen, eintrete? dem Gewissen eines jeden Einzelnen, so wie der- einst dem billigen Ermessen des wieder in seine Rechte eingesetzten rechtmässigen Oberherrn überlassen.

Eine zweyte Einwendung, die mit der vorigen in der genauesten Verbindung steht, ist die, daß nach der oben aufgestellten Theorie der rechtmässige Fürst selbst seine Unterthanen mittelbar auffordere, eine Untreue an ihm zu begehn. Man hat die Unterthanen der Teutschen Fürsten (und mit allem Rechte) gelobt, als sie in mehreren Ländern einen thätigen Antheil an der Vertreibung der von Frankreich oder von dessen Schützlingen eingesetzten Behörden nahmen. Aber wäre nicht nach jener Theorie ein blos leidender Gehorsam ihre Pflicht gewesen? Und, wenn man dennoch ein solches Verhalten löblich findet, wie könnte man von dem rechtmässigen Fürsten fordern, daß er selbst, die Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen des Eroberers anerkennend, den Eroberer für den bisherigen rechtmässigen Herrn des Landes erklären und so selbst den Eifer seiner Getreuen für die Zukunft erschaffen sollte?

Aber — das ist die Antwort auf diese Einwendung — eben dadurch, daß man die Treue der Unterthanen gegen ihren angestammten Fürsten in diesem und in ähnlichen Fällen preiſswürdig findet, erkennt man mittelbar an, daß hier nicht von der Erfüllung einer Rechts - sondern nur von der Erfüllung einer Gewissenspflicht die Rede war. Der verdient noch kein Lob, welcher nur das thut, was er von Rechtswegen zu thun schuldig war. Man könnte daher jenes Lob überall nicht aussprechen, man würde es nicht ausgesprochen haben, wenn man nicht dabey einen Unterschied zwischen Rechts - und Gewissenspflichten vorausgesetzt hätte. Wenn man auch der Obrigkeit gehorchen soll, welche Gewalt über uns hat, so soll man doch Gott mehr gehorchen, als den Menschen. Wenn auch derjenige nicht von einem äußern Richter zur Verantwortung gezogen werden kann, welcher dem Eroberer gehorcht, so verdient doch derjenige eben deswegen unser Lob, welcher, seiner Ueberzeugung gemäß, das Interesse seines angestammten Fürsten mit Aufopferung des eigenen Wohles vertheidiget. Nur ist alsdann nicht von einem Rechtsverhältnisse, mithin nicht von einem Verhältnisse die Rede, welches auf die Entscheidung der hier vorliegenden Aufgabe Einfluß haben könnte.

Ja, es ist (sowohl überhaupt, als in dem vorliegenden Falle) sogar gefährlich, das, was nur guter Wille ist und seyn soll, unmittelbar oder mittelbar als eine Schuldigkeit zu fordern. Man nehme an, um insbesondere die

vorliegende Aufgabe ins Auge zu fassen, daß die Unterthanen mit der Rückkehr ihres Erbfürsten einer gänzlichen Umgestaltung der von dem Eroberer eingeführten Ordnung der Dinge entgegensehn müßten, wird nicht die Mehrheit der Unterthanen, insbesondere wenn die Eroberung lange gedauert hat, wenn also die Meisten durch den Drang der Umstände genöthiget worden sind, mehr oder weniger ihre Verhältnisse, ihr bürgerliches Daseyn auf die von dem Sieger getroffenen Einrichtungen zu gründen, der Rückkehr ihres Erbfürsten mit Bangigkeit entgegensehn? Würde man also nicht gegen das wahre Interesse der rechtmäßigen Fürsten sprechen, wenn man den Grundsatz der Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen des Eroberers, als Grundsatz, verwerfen wollte? Auch hier erinnere man sich, daß der Fall einer vorübergehenden Eroberung und der Fall einer Revolution, die mit der Wiederherstellung der ehemaligen Grundverfassung endet, in der vorliegenden Beziehung einander vollkommen gleich sind. Aus dem Beispiele Frankreichs wird es dann desto anschaulicher werden, was hier gemeint ist.

Jedoch die Entkräftigung der Regierungshandlungen des Eroberers kann vielleicht gerade zum Vortheile derer gereichen, welche sich durch Treue gegen ihren rechtmäßigen Fürsten besonders ausgezeichnet haben! So wie es billig ist, diese zu belohnen (denn das Verdienst verdient eben sowohl seinen Lohn, als der Dienst), so

scheint es auch, wenigstens unter dieser Voraussetzung und in dieser Beziehung, billig zu seyn, die Regierungshandlungen des Eroberers für ungültig zu erklären!

Ich antworte: Allerdings ist es recht und billig, daß bey den Modificationen und Einschränkungen, die jener Grundsatz leidet (und von welchen gleich nachher die Rede seyn wird) das Interesse derer, welche ihrem rechtmässigen Fürsten trotz aller Lockungen oder Gefahren treu geblieben sind, ganz besonders berücksichtigt werde. Aber das können sie nicht fordern, daß der Grundsatz selbst ihrem Interesse zum Opfer gebracht werde. Denn dieser Grundsatz ist mit dem Interesse des Landes und mithin mit dem Interesse des Fürsten so innig verwebt, daß sie ja ihr Interesse von dem Interesse des Fürsten trennen würden, wenn sie ein solches Opfer verlangen wollten. Auf keinen Fall aber darf der Lohn, den sie zu erwarten haben, auf Kosten Einzelner und der von Einzelnen wohlerworbenen Rechte ertheilt werden.

Eine dritte Haupteinwendung, welche man der oben aufgestellten Theorie entgegensetzen wird, ist endlich die, daß, wenn man es dem in seine Herrschaft wieder eingesetzten Fürsten zur Pflicht mache, die Regierungshandlungen des Eroberers aufrecht zu erhalten, die rechtmässige Regierung in sehr vielen Fällen verhindert wer-

de, die Wunden, welche der Eroberer dem Lande schlug, zu heilen.

Allein auch diese Bedenklichkeit dürfte verschwinden, so bald man tiefer in den Geist jenes Grundsatzes eindringt. Denn der Sinn des Grundsatzes ist nicht etwa der, als ob die Regierungshandlungen des Eroberers schlechthin und ohne Einschränkung unabänderlich wären. Das Staatsoberhaupt ist ja berechtigt, auch seine eigenen früheren Regierungshandlungen oder die Regierungshandlungen seiner rechtmässigen Vorfahren zu widerrufen oder abzuändern. Wie sollte ihm nicht dasselbe Recht in Beziehung auf die Regierungshandlungen des Eroberers zustehn! Er wird sogar das ihm zustehende Herrscherrecht in dieser Beziehung mit desto größerem Nachdrucke ausüben können und müssen, da die Zeit der Eroberung als die Zeit einer revolutionären Regierung zu betrachten ist. Sondern der Sinn jenes Grundsatzes ist nur der, daß der rechtmässige Fürst die Regierungshandlungen des Eroberers nicht schon deswegen, weil sie von dem Eroberer ausgegangen sind, sondern nur in so fern, als es das Beste des Staates fordert, daß er sie nicht schlechthin, sondern nur mit denselben Einschränkungen und Milderungen, wie seine eigenen, zu widerrufen oder abzuändern hat.

Hat also z. B. der Eroberer das Land mit Schulden beschweert, und sind diese Schulden nach der Verfas-

sung, welche damals bestand, und nach den Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts als rechtmässig zu betrachten, so haften diese Schulden fortdauernd auf dem Lande. Der rechtmässige Fürst kann diese Schulden allerdings für ungültig erklären oder herabsetzen, jedoch nur in so fern, als sich eine solche Mafsregel auch dann rechtfertigen liesse, wenn der Fürst selbst oder dessen rechtmässiger Regierungsvorfahrer diese Schulden auf eine rechtmässige Weise gemacht hätte. Und würde nicht die entgegengesetzte Maxime dem Eroberer ein Mittel entziehen, wodurch er den Unterthanen die Last, die auf sie drückt, erleichtern kann? Ist nicht der öffentliche Kredit, ohne welchen er keine Anleihen machen kann, (denn ich spreche nicht von gezwungenen, für deren Anerkennung wohl nicht erst Gründe angeführt zu werden brauchen,) zugleich ein Damm gegen den Missbrauch der Anleihen?

Hat der Eroberer Krongüter veräussert, so hat der rechtmässige Fürst, (wenn er es für nothwendig hält, die geschehenen Veräusserungen, kraft der ihm zustehenden Machtvollkommenheit, für ungültig zu erklären,) wenigstens die Käufer dieser Güter zu entschädigen. Selbst dann, wenn nach der Verfassung, die vor der Eroberung bestand, die Krongüter unveräusserlich waren, und wenn man annimmt, dafs nach dieser Verfassung auch das während der Eroberungszeit veräusserte Krongut zu beurtheilen sey, würde man doch zu

demselben Resultate gelangen: da man ja, und billig, denjenigen, welcher ein Privilegium, d. h. eine Ausnahme von der Rechtsregel, erkauft hat, in dem Falle eines Widerrufs zu einer Entschädigung für berechtigt hält; da ferner das dem Eroberer gezahlte Kaufgeld doch immer noch als ein dem Staate gemachtes Darlehn zu betrachten ist.

Niemanden wird beyfallen, von der rechtmässigen Regierung zu verlangen, daß sie die Beamten, welche der Eroberer angestellt hat, schlechthin beybehalte. Aber die entlassenen können allerdings einer angemessenen Entschädigung entgegensehn. Nicht als ob zwischen dem Beamten und der Regierung ein Vertrag bestände, aus welchem der Beamte einen Rechtsanspruch auf die mit dem Amte verbundenen Vortheile, gleich als ein wohlerworbenes Recht, ableiten könnte, (wenigstens lassen sich dieser Ansicht sehr erhebliche Einwendungen entgegensetzen,) sondern weil es das Interesse des rechtmässigen Fürsten fordert, auch die Dienste, welche die von dem Eroberer angestellten Beamten dem Lande geleistet haben, insbesondere wenn sie die Aussicht auf einen lebenslänglichen ehrenvollen Unterhalt hatten, in dieser Maasse zu berücksichtigen. Zwar ist man (und namentlich in unsern Tagen) oft geneigt, gerade diejenigen Unterthanen, welche in den Diensten des Eroberers gestanden haben, als der Untreue gegen den rechtmässigen Fürsten verdächtig, in

einem besonders ungünstigen Lichte zu betrachten. Allein, wenn auch Einige, wenn selbst Viele diesen Verdacht verdienen sollten, so müßte doch der Grundsatz, daß die von dem Eroberer angestellten Beamten nicht einmal auf einen angemessenen Lebensunterhalt einen Rechtsanspruch hätten, die für das Land und für den rechtmäßigen Landesherrn sehr traurige Folge haben, daß sich, bey der Ungewissheit des Schicksals, welchem die von dem Eroberer angestellten Beamten entgegensähen, nur Fremdlinge oder Söldlinge zu solchen Stellen finden lassen würden, also nur Männer, welche, anstatt durch Verstand, aus Vaterlandsliebe oder aus Ehrgefühl, die auf das Land drückende Last zu erleichtern, die Habsucht des Eroberers durch die eigene vergrößern würden. Hat übrigens die Herrschaft des Eroberers eine geraume Zeit hindurch gedauert, war sie schon in mehreren Beziehungen für rechtlich begründet zu halten, war sie wenigstens mit dem Scheine einer gesetzmäßigen Herrschaft umgeben, so treten noch besondere Gründe ein, welche dem hier in Frage stehenden Rechtsanspruche in den Augen des rechtmäßigen Fürsten das Wort sprechen werden. Endlich hat auch das Bedürfnis seine Rechte oder es verdient doch seine Rücksichten. Der Reichere kann feyern. Aber was soll der Unvermögende thun, welcher sich dem Staatsdienste gewidmet hat?

Noch kann der besondere Fall eintreten, (und in den Ländern, die zu dem Königreiche Westphalen gehörten, so wie in demjenigen Theile des nördlichen Deutschlands, welcher mit Frankreich vereinigt worden war, tritt er wirklich ein), daß die Länder verschiedener Herren erobert und von dem Eroberer unter eine gemeinsame Verwaltung gestellt worden sind. In welchem Rechtsverhältnisse stehen alsdann die Herren dieser Länder, wenn sie wieder zur Ausübung ihres Herrscherrechts gelangt sind, sowohl unter sich, als zu dritten Personen in so fern, als von den Regierungshandlungen des Eroberers, und insbesondere von den aus diesen Handlungen entstehenden Rechtsansprüchen Einzelner (z. B. von Darlehenen, von Pensionen) die Rede ist? Der Verein, in welchem diese Länder während der Herrschaft des Eroberers standen, ist zwar der That und dem jetzigen Rechte nach getrennt. Darum fallen aber noch nicht alle die rechtlichen Folgen weg, welche durch die vorübergehende Einheit dieser Länder begründet worden sind.

Es ist jedoch diese Frage zu vielseitig, als daß ich hier auf die Beantwortung derselben eingehn könnte. Aber erwähnen mußte ich sie auch um deswillen, weil sie, bey den in Deutschland eintretenden Verhältnissen, auf das Interesse hindeutet, welches der Gegenstand der vorliegenden Abhandlung für mehrere Deutsche Regierungen auch in völkerrechtlicher Hinsicht, oder auch

für alle Mitglieder des Deutschen Bundes, als solche, haben dürfte!

Diejenigen Staatsgläubiger, oder Domänenkäufer, oder Staatsbeamten des ehemaligen Königreiches Westphalen, welche durch die Aufhebung dieses Reiches gelitten haben, dürften nemlich nicht ohne Grund, oder doch nicht ohne Schein das Rechtsprincip aufstellen können, daß, in Beziehung auf dritte Personen und mithin in Beziehung auf sie, ein jedes einzelne Land, welches einen Bestandtheil des K. Westphalen ausmachte, für die von der Westphälischen Regierung eingegangenen Verbindlichkeiten *in solidum* hafte, und daß daher auf jeden Fall denjenigen Deutschen Landesherren, welche die K. Westphälische Regierung anerkannt hatten, und welche durch ihre siegreichen Waffen wieder zu dem Besitze der zum Vortheile des Königs von Westphalen abgetretenen Länder gelangt sind, die Rechtsverbindlichkeit *in solidum* obliege, den Gläubigern der K. Westphälischen Regierung Zahlung oder Ersatz zu leisten.

D^r. Zachariä.

V e r z e i c h n i s s
d e r
V e r l a g s = W e r k e
v o n
J o s e p h E n g e l m a n n i n H e i d e l b e r g.

- Allgemeines diplomatisches Archiv für die neueste Zeitgeschichte.
Herausgegeben von Dr. C. G. Dümge. 1r Band. gr. 4.
1814. 2 fl. oder 1 Tblr. 8 gr.
- Descotes, J. F., Die Geschichte und Lehre von den Erscheinungen Jesu nach seinem Tode. Nebst einem Anhang. 8.
1 fl. 12 fr. oder 18 gr.
- — Grundlinien zu einer wissenschaftlichen Moral für alle Menschen. 8. 45 fr. oder 12 gr.
- Deutsche Gedichte. Von Freimund Reimar. gr. 8. 1814.
Brochirt. 40 fr. oder 10 gr.
- Deutschlands Valingenesie. Von G. Feuerlein. gr. 8. 1814.
Broch. 15 fr. oder 4 gr.
- Ergießungen deutschen Gefühles in Gesängen und Liedern bey den Ereignissen dieser Zeit. 8. 1814. Broch. 1 fl. 12 fr.
oder 18 gr.
- Ewald, J. L., Zwen Weissagungen von 1803 und eine Dichter-
ahnung von 1806. 8. 1814. Broch. 24 fr. oder 6 gr.
- — Krieg und Friede. Aus dem Standpunkte des
Christen betrachtet. 8. 1814. Broch. 30 fr. oder 8 gr.
- Helwig, Amalie von (geb. v. Imhoff), Die Sage vom Wolfs-
brunnen. Märchen. 8. 1814. Broch. 1 fl. 24 fr.
- Jugendspiegel. Aus d. Engl. 8. 1814. 48 fr. oder 12 gr.
- Jung, F. W., Odmar. Ein dramatisches Gedicht. gr. 8. 1814.
2 fl. 30 fr. oder 1 Tblr. 16 gr.
- Lucä, Dr. S. C., Einige Bemerkungen über das Verhältniß
des menschlichen Organismus zu äußern Verletzungen in
Bezug auf Tödtlichkeit und deren Beurtheilung. 8. 1814.
48 fr. oder 12 gr.
- Pfister, Dr. (Stadtdirector zu Heidelberg), Merkwürdige Cri-
minalfälle mit besonderer Rücksicht auf die Untersuchungs-
führung. Mit einer Planzeichnung auf Stein. 1. Band.
gr. 8. 1814. 4 fl. oder 2 Tblr. 16 gr.

Sachs, J. F. G., Fragen und Antworten zum Gebrauch bei öffentlichen Catechisationen an den Fest- u. Feiertagen etc. gr. 8. 1814. 12 fr. oder 3 gr.
 Schreiber, A., Eichenblätter. 8. 1814. Br. 48 fr. od. 12 gr.
 Was war der deutsche Krieger unter Napoleon? Und was ist er jetzt? 8. 1814. Broch. 18 fr. oder 4½ gr.

Cornelia. Taschenbuch für Deutsche Frauen auf das J. 1816. Herausgegeben von Alons Schreiber, Großherzogl. Bad. Hofrath und Historiographen. Erster Jahrgang. Mit Kupfern. 2 fl. 42 fr.
 Die neuesten Wohlthaten Gottes, nach Anleitung des Lobgesanges der Engel (Luc. 2, 14.) in einer Weihnachtspredigt auseinandergesetzt von Dr. Carl Witte d. ä. gr. 8. 1815. 12 fr. oder 3 gr.
 Gedrängte Darstellung des im J. 1812 begonnenen Krieges bis zu der Thronentsetzung des Napoleon Bonaparte. Für die deutsche Jugend zusammengetragen von C. v. Beulwitz, vormals Major in königl. Preussischen Diensten. Zum Besten der Witten und Waisen des Großh. Badischen Militäirs 8. 1815. Broch. 1 fl. 12 fr. oder 16 gr.
 Neues vollständiges Teutsches Commercibuch. Mit einem Titelfupfer. 1815. 18 Bogen auf schönes weißes Papier. Broch. 1 fl. 12 fr. oder 18 gr.
 Neue Sammlung der besten Teutschen Gesellschaftslieder. Mit einem Titelfupfer. 8. 1815. Broch. 1 fl. 12 fr. oder 18 gr.
 Wie gewonnen, so zerronnen! Improvisirtes Sprichwortspiel, aufgeführt in Paris im Jahr 1815. gr. 8. 15 fr.

Zur Ostermesse 1816 ist erschienen:

Beschreibung von Weinheim und Ladenburg. gr. 8. br. 24 fr.
 Gemälde von Heidelberg, Mannheim, Schwetzingen, dem Odenwalde und dem Neckarthal. Wegweiser für Reisende und Freunde dieser Gegenden. Herausg. v. Helmina v. Chezy geb. v. Alenck. Mit einer Karte. 8. Broch. 2 fl. 45 fr.
 Germaniae et Germanorum Laus. In usum iuventutis Germanae literarum studiosae scripsit Godofredus Christianus Lauter, theologiae Doctor Gymnasii-que Heidelberg. Professor. 8vo. 48 fr.
 Poetisches Taschenbuch für Reisende. Zugabe zu den beiden Schriften für Reisende: Handbuch f. Reisende am Rhein etc. von Hrn. Hofrath Schreiber, und: Gemälde von Heidelberg, Mannheim, Schwetzingen, dem Odenwalde etc. br. Auf Franzöf. Druckvelin 1 fl. 30 fr.
 Auf weiß Druckpapier 1 fl. 12 fr.

Rasmann, Friedr., Auserlesene poetische Schriften. 16. Br. 2 fl.

Schreiber, Alons, Handbuch für Reisende am Rhein von Schafhausen bis Holland, in die schönsten anliegenden Gegenden und an die dortigen Heilquellen. Mit einer Karte. 8. broch. 4 fl. 30 fr.

Auch unter dem Titel:

Anleitung auf die nützlichste und genussvollste Art den Rhein von Schafhausen bis Holland, das Murgthal, nebst Baden bey Rastadt, die Mosel von Coblenz bis Trier, und die Bäder am Taunus, so wie Aachen und Spaa zu bereisen. Nebst den Abstechern: Von Mannheim nach dem Haardtgebürge und in die Gegend vom Donnersberg ic. — Von Bingen in das Nahtal, nach Kreuznach ic. — Von Heidelberg über die Bergstraße nach Frankfurt ic. — und einigen Sagen aus der Gegend des Rheins und des Taunus. Von Alons Schreiber, Großherzogl. Bad. Hofrathe und Historiographen. Mit einer Karte. 8. Broch. 4 fl. 30 fr.

Schreiber, A., Des Kriegers Heimkehr. 8. Broch. 15 fr.

—— Marbod und Herrmann, oder der erste deutsche Bund. 8. Broch. 15 fr.

Universitäts- und Adress-Calender von Heidelberg 8. Broch. 1 fl. Karte vom Rheinlauf. 30 fr.

—— von Heidelberg und seinen Umgebungen. 30 fr.

Zur Michaelismesse 1816 ist erschienen:

Cornelia. Taschenbuch für Deutsche Frauen auf das J. 1817. Herausgeg. von Alons Schreiber, Großherzogl. Bad. Hofrathe u. Historiographen. Zweyter Jahrg. Mit Kupfern. 2 fl. 42 fr.

Gleim, Betty, Anschauungslehre der Sprachformen und Sprachverhältnisse. Ein Lesebuch für Kinder, ein Lehrbuch für Eltern und Lehrer. 12. Druckpapier 1 fl. Französisch Druckvelin 1 fl. 12 fr.

Grandisson oder Großjean, der berühmte Postwagendieb und Betrüger. Eine criminalistische Novelle. gr. 8. Broch. 2 fl. oder 1 Thlr. 8 gr.

Guide pour faire le voyage du Rhin, depuis Schafhouse jusqu'en Hollande, en allant visiter en même tems la vallée de la Murg, les bains de Baden près de Rastadt, les environs de la Moselle depuis Coblenz jusqu'à Trèves, les bains de la montagne du Taunus et ceux d'Aix-la-Chapelle et Spaa. Avec des Excursions de Mannheim aux montagnes de la Haardt, et

J. H. H. H. H.

dans les environs du Mont-tonnerre etc. De Bingen dans la vallée de la Nah, à Kreuznach etc. De Heidelberg à Francfort en passant par la Bergstrasse. Suivi de quelques vieux contes des environs du Rhin et du Mont-Taunus. Par Aloïse Schreiber, historiographe et conseiller aulique de S. A. R. le grand-duc de Baden. Traduit de l'Allemand. Avec une carte. Broché 4 fl. Rélié pap. velin 4 fl. 30 kr.

Pfister, Dr. (Stadtdirector zu Heidelberg) Merkwürdige Criminalfälle mit besonderer Rücksicht auf die Untersuchungsführung. II. Band. gr. 8. 5 fl. oder 3 Thlr. 8 gr.

Unter der Presse befindet sich und wird bald versendet:

Grimm, A. L., Geschichten aus der heiligen Schrift, für Knaben und Mädchen. 2 Bände. Mit vielen Holzschnitten. 8.

Kochbuch, neuestes Englisches. Aus dem Engl. übersetzt. gr. 8.

Ueber die Verpflichtung zur Aufrechthaltung der Handlungen der Regierung des Königreichs Westphalen. Nebst einer Abhandlung von der Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen des Eroberers in Beziehung auf das rechtmäßige Staats-Oberhaupt, welches durch die Gewalt der Waffen wieder zur Ausübung seiner Herrscher-Rechte gelangt ist. Von Dr. Carl Salomo Zachariä, Großh. Bad. Hofrath und öffentl. ordentl. Lehrer der Rechte auf der hohen Schule zu Heidelberg. Broch. 48 fr.

(Um Mißverständnisse zu vermeiden, wird bemerkt, daß der Herr Hofrath Zachariä nur Verfasser der Abhandlung über die Rechtsbeständigkeit etc. ist.)

Zachariä von Lingenthal, Karl Salomo,

Über die Verpflichtung zur Aufrechthaltung der Handlungen der Regierung
des Königreichs Westphalen

Heidelberg 1816

J.publ.g. 897 d

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10562471-5